

## Deutschland.

Berlin, 30. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin haben im Namen des Deutschen Reiches den bisherigen Kanzler bei dem Kaiserlich Deutschen General-Consulate zu New-York, Dr. jur. Ottomar von Wohl zum Consul des Deutschen Reiches in Singapur ernannt.

Se. Majestät der Königin hat die Kreisrichter Quinde in Bochum, Godel in Soest, Schmieding in Witten, Melchior in Lüdenscheid, Grawert in Schwerte, Müller in Bochum, Brüggemann in Essen, Asbeck in Dortmund, Schröder in Dortmund, Consbruch in Bochum, Uffeln in Dortmund, Halle in Hamm, Roldmann in Duisburg, Rudolph zu Königsberg, Hagen, Lohmann in Witten, Strud in Landsberg a. W., Neumann in Berg a. M., Rosenfeld in Glinde, Meyer in Landsberg a. W., Baehr in Selm, Schmidt in Reck, Zeigermann in Landsberg a. W., Canzian in Drielen, Michels in Bergen, Kreh, Eccius, und Modem in Greifswald, Wegner in Colberg, Hesse in Schlawa, Eichel in Cöslin zu Kreisgerichts-Rathen ernannt; den Rechtsanwaltschaften und Notaren Thüsing in Dortmund, Roblitz in Colbitz, Lange in Königsberg a. M. und von Gostkowski in Stolp den Charakter als Justiz-Rath; sowie den Amtsrathern Goecker in Hanau, Hirschfeld in Wismar, von Managier in Guben, Föhr in Rostenburg, Metz in Hanau, Gabel in Neustadt, Heuser in Gelnhausen, Hattenbach in Wächtersbach, Kreyer in Jülich, Bode in Cappel, Wolfram in Spangenberg, Kehr in Marzberg, Sabatzky in Cappel, Schnadenberg in Wolschlag, Hille in Bergen den Charakter als Ober-Amtsrichter verliehen.

Der bisherige Landgerichts-Assessor Eduard Steiger ist in Folge seiner definitiven Uebernahme in die Staats-Eisenbahn-Verwaltung zum Regierungs-Assessor ernannt worden. — Der Sittenmeister Hr. Ulrich in Oer ist zum ordentlichen Lehrer an der königlichen polytechnischen Schule in Hannover ernannt worden.

[Se. Majestät der Königin] haben der Fahne des 1. Bataillons Anhaltischen Infanterie-Regiments Nr. 93 einen silbernen Ring mit der Aufschrift: „Es wurde mit dieser Fahne in der Hand am 30. August 1870 verwundet und starb in Folge dessen: Sergeant Ebenhan“, verliehen. (Reichsanz.)

D. R. C. [Einverständnis zwischen Bismarck und Roon.] Der Artikel des „Preussischen Volksblatt“ über das Verhältnis zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Roon (s. d. politische Uebersicht im heutigen Morgenblatt) hat begreiflicherweise bei den bekannten engen Beziehungen des genannten Blattes zu beiden genannten Staatsmännern gerechtes Aufsehen erregt und macht noch jetzt die Runde durch die gesammte Presse. Und thatsächlich liegen die Verhältnisse so wie das „Volksblatt“ sie dargestellt hat. Für eingeweihte Kreise war der Artikel nicht neu, und es sprachen für das unbedingt eng-freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten noch ganz andere Argumente als die von dem „Volksblatt“ angeführten. So wird uns von gut unterrichteter Stelle gemeldet, daß man vor einiger Zeit sogar im Kriegsministerium auf die Idee kam, ein selbstständiges Reichs-Kriegsamt unter dem Vorbehalt eines höheren Officiers zu errichten, welches dem Reichskanzler direct untergeordnet sein sollte. Der Plan zu einer solchen neuen Behörde war sogar schon vollständig ausgearbeitet, ist aber vorläufig aus praktischen Gründen noch zurückgelegt worden, um später durch einen neuen und vollständigeren ersetzt zu werden. Wenn man erwägt, daß Preußen sein Contingent und die Angelegenheiten der mit ihm durch Conventione verbundenen Truppentheile anderer deutscher Staaten selbstständig verwaltet, der preussische Kriegsminister also bei der großen Zahl dieser Truppen schon eo ipso Reichs-Kriegsminister ist, so zeigt der Plan, ein Reichs-Kriegsamt neu zu schaffen, von einem Entgegenkommen des Grafen Roon, das nur den innigsten Beziehungen desselben zum Fürsten Bismarck zu verdanken ist. Bei der Errichtung des Reichs-Kriegs-Amtes würde doch Graf Roon in einzelnen Dingen einen Theil seiner Selbstständigkeit aus den Händen geben, die ihm jetzt, wie die Sachen liegen, und wo der Reichskanzler in den Sachen des Kriegswesens doch immer nur eine zweite Rolle spielt, praktisch gesichert ist. Würde dagegen unter dem Reichskanzler ein eigenes Reichs-Kriegsamt errichtet werden, so würde das dem letzteren Officiere und Räte zuführen welche seinen controverfen Ansichten in militärischen Dingen einen Nachdruck zu geben im Stande wären. Wie gesagt die Sache ist noch nicht endgültig entschieden, sie zeigt aber schon jetzt von dem großen Einverständnis beider Staatsmänner unter einander, von denen sich nicht der Eine benutz lassen wird, um den Andern zu verdrängen.

D. R. C. [Mandover] Im Monat August werden dicht an der Schweizer Grenze, in der Nähe des Canton Aargau große Mandover deutscher Truppen stattfinden. Das Occupationsterrain soll sich von Freiburg bis nach Basel und Bruch erstrecken und sind zu diesen militärischen Uebungen die Garnisonen von Rafatt, Karlsruhe, Freiburg, Constanz u. s. w. bestimmt worden. Wie wir hören wird diesen Mandovern auch der Kronprinz des deutschen Reiches beizuwohnen.

[Ueber den Mangel an ländlichen Arbeiten] schreibt die heutige ausgetragene Nummer des „Proh.-Corr.“: „Seit einiger Zeit haben die Klagen über zunehmenden Mangel an ländlichen Arbeitern immer mehr Umfang genommen und der Druck des Uebels wird für die Landwirtschaft um so empfindlicher, als neben dem Arbeitslohn auch alle anderen Betriebskosten sich gesteigert und in den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch keine genügende Ausgleichung gefunden haben. Es ist thatsächlich festgestellt, daß die Bevölkerung in den Landestheilen, in denen der Ackerbau vorherrscht, alljährlich eine erhebliche Verminderung erleidet und zwar nicht allein durch Auswanderung in das Ausland, sondern auch durch Ueberbevölkerung in die Gegenden, welche Beschäftigung für gewerbliche Zwecke bieten. In landwirtschaftlichen Vereinen wie in der Presse sind diese Verhältnisse nach allen Richtungen hin lebhaft erörtert und mancherlei Vorschläge gemacht worden, welche zum Theil die Einwirkung der Staatsbehörden in Anspruch nehmen, zum Theil Veränderungen in der Gesetzgebung anregen. Im Hinblick auf die wichtige Stellung, welche der Ackerbau in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes einnimmt, kann die Staatsregierung sich nicht der Pflicht entziehen, die hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkte einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen und dadurch die Entscheidung der Frage vorzubereiten, inwiefern sie unmittelbar oder mittelbar zur Abhilfe der beklagten Uebelstände mitwirken kann. Nachdem diese Angelegenheit durch eine vom Minister-Präsidenten beantragte Denkschrift zum Gegenstand näherer Erörterung in Regierungsrath gemacht worden war, wird in diesen Tagen eine aus Commissionären der verschiedenen Ministerien zusammengesetzte Konferenz unter dem Vorherrsche des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Grafen Königsmark, zusammengetreten, um die wichtigsten der in Anregung gebrachten Vorschläge einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen und so eine Grundlage für die weiteren Erwägungen des Staatsministeriums zu gewinnen. In erster Linie wird auf die Auswanderungsverhältnisse Rücksicht zu nehmen und zu untersuchen sein, durch welche Maßregeln die Auswanderung in erprießlicher Weise beschränkt werden könnte. Auf diesem Gebiete sind außer anderen Maßnahmen eine Revision der Gesetzgebung über die Concession der Auswanderungs-Unternehmer, wie die Bestimmungen über die Beaufsichtigung des Auswanderungswesens in den Hafenplätzen und Erleichterungen für die Rückwanderung in Vorschlag gebracht. Ferner handelt es sich um Prüfung der Maßregeln, welche erforderlich sind, um das Rechtsverhältnis zwischen den ländlichen

Arbeitgebern und Arbeitern zu regeln und den Arbeitsvertrag gegen widerrechtliche Verletzung zu schützen. Hiermit steht die Frage in Zusammenhang, ob die zur Gültigkeit des Arbeitsvertrages noch erforderliche schriftliche Form, unter entsprechender Aenderung der landrechtlichen Vorschriften aufgeben werden kann. Von herborragender Wichtigkeit ist die Erörterung der Mittel, welche in Anwendung gebracht werden können, um eine Besserung in der Lage und Lebensstellung der ländlichen Arbeiter herbeizuführen. Hier kommt die Frage, ob dem Mangel an ländlichen Arbeitern dadurch entgegen zu wirken ist, daß ihnen mehr, wie bisher, die Möglichkeit eines eigenen Grundbesitz-Erwerbes gewährt würde und auf welchem Wege die Staatsregierung dazu die Hand bieten könne. Es sind mancherlei Aenderungen der auf die ländlichen Verhältnisse bezüglichen Gesetzgebung beantragt worden, namentlich in Betreff der Feststellung von Grundstücken und der Gründung neuer Ansiedelungen u. s. w. Auch an die Heranbildung eines freien grundbesitzenden Arbeiterstandes durch Vermittelung staatlicher Geld-Institute ist gedacht worden. Endlich werden auch noch diejenigen Vorschläge zu erwägen sein, welche gegenüber dem Mangel an ländlichen Arbeitern in diesem Jahre außerordentliche vorübergehende Maßregeln von Seiten der Regierung, u. A. Beschränkung der öffentlichen Bauten und frühzeitige Beurlaubungen aus dem Militärdienst empfehlen.

[Gen.-Superintendent Hoffmann.] Die Nachricht, daß der Oberhofprediger General-Superintendent Dr. Hoffmann, von einem Schlaganfall getroffen worden sei, bestätigt sich nach der „Kreuz.“ glücklicherweise nicht. Allerdings hat sich vor 8 Tagen (letzten Mittwoch) ein mit dem Herzeiden in directem Zusammenhange stehende momentane Blutstochung (nicht Blutergießung) eingestellt, die allerdings im ersten Augenblicke einer Apoplexie ähnlich sah, aber nach ausdrücklicher und wiederholter Versicherung der Aerzte von einer solchen wesentlich verschieden ist. Die momentan gestörte Bewegungsfähigkeit des rechten Arms und Beins hat sich seitdem auch wieder hergestellt, und überhaupt ist von Tag zu Tag ein Fortschreiten der Genesung zu erkennen, wenn auch bedeutende Schwäche noch immer vorhanden ist.

[v. Dörpzen.] Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Hr. v. Dörpzen, Rath a. D. Herr Friedrich Albrecht v. Dörpzen ist hier gestern Abend nach kurzer, schwerer Krankheit im beinahe vollendeten 76. Lebensjahre verstorben.

Königsberg i. Pr., 30. Juli. [Cholera.] Die „Dtsch. Preuss. Zeitung“ constatirt den Ausbruch der Cholera hiesigst. Vom 6. bis 26. Juli sind 29 Personen erkrankt und 19 verstorben. Das königliche Polizeipräsidium hat demselben Blatte zufolge, um der Weiterverbreitung der Krankheit zu steuern, angeordnet, daß die zahlreichen mittellosen polnischen Israeliten, welche sich hier aufhalten, in ihre Heimath gewiesen werden. 33 polnische Israeliten sind bereits zwangsweise ausgewiesen, während 50 bis jetzt freiwillig, unterstützt durch das Israeliten-Comité, die Stadt verlassen haben.

Trier, 25. Juli. [Regierungsverlaß.] Die „Germania“ hat seiner Zeit den Gelaß der königlichen Regierung zu Trier vom 17. Februar d. J., in welchem die Local- und Bezirks-Schulinspektoren, welche Actionäre der „Saaritzg.“ sind, aufgefordert wurden, aus der Actiengesellschaft auszutreten, zur Kenntniß des Publicums gebracht. Wie zu erwarten stand, haben sämtliche Actionäre geistlichen Standes dieses Ansinnen in mehr oder weniger entschiedener Form abgelehnt. Einem der Herren wurde wegen der besonders bössigen Form seines ablehnenden Bescheides die Local-Schulinspektion entzogen. Den übrigen ist dagegen eine gleichlautende Verfügung zugegangen, die ich in der Lage bin, Ihnen hier wörtlich mitzutheilen:

Auf die Zuschrift vom 1. März erwidern wir Ew. Hochwürden, daß wir mit Rücksicht auf die neuerdings etwas gemäßigtere Haltung und den eingetretenen Wechsel in der Redaction der „Saaritzg.“ und die Verdrängung des Umfanges, das ein Auscheiden aus der Actien-Gesellschaft für katholische Interessen ohne pecuniäre Verluste für die Beteiligten schwer ausführbar ist, von dem Verlangen eines solchen Auscheidens bis auf Weiteres und in der Voraussetzung absehen wollen, daß Ew. Hochwürden jeder activen Theilnahme an der Herausgabe und Verbreitung der qu. Zeitung, insbesondere auch durch Einbringen von Correspondenzen und Artikeln politischen oder tendenziösen Inhaltes sich enthalten werden. Sollten Ew. Hochwürden wider Erwarten nicht gewillt sein, diese für die fernere Wahrnehmung Ihres Amtes als Schulinspector unerlässliche Voraussetzung zu erfüllen, so würden wir einer beglückwünschenden Erklärung entgegenzusehen.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. gez. Einz.

Köln, 27. Juli. [Der Prozeß gegen den Erzbischof.] Die ultramontane „D. Reichs-Ztg.“ berichtet: „Aus sicherer Quelle erfahren wir eben, daß die Rathskammer des hiesigen Landgerichts auf den Vortrag des Instruktionsrichters, Herrn Landgerichtsrath Simon, sich in der Prozeßsache gegen unsern Herrn Erzbischof für die incompetent Stelle erklärte, dagegen zur Sache selbst erkennend den hohen Beschuldigten außer Verfolgung gesetzt hat. Es wurde angenommen, daß die kaiserlichen Decrete vom Jahre 1810, wonach der Appellationsgerichtshof hätte entscheiden müssen, durch die neue preussische Gesetzgebung aufgehoben seien; dagegen fand man in der Art, wie die bekannte Excommunication in lateinischer Sprache im „Kirchlichen Anzeiger“ angezeigt war, nichts, was den Staatsgesetzen entgegenstiehe. Ohne Zweifel wird das öffentliche Ministerium den Beschluß der Rathskammer durch Opposition angreifen, und wird dann der Anklagesenat des Rheinischen Appellationsgerichtshofes sowohl über die Competenzfrage, wie darüber zu entscheiden haben, ob die Sache vor das Zucht-polyzeigericht zu verweisen sei.“

Hachenburg, 25. Juli. [Abtei Marienstatt.] Bekanntlich hatte die vormalig Nassauische Regierung die Abtei Marienstatt an den Bischof von Limburg um eine verhältnismäßig sehr geringe Summe verkauft. Von diesem ist das Eigenthumsrecht auf die „Congregation der Väter vom h. Geist“ übergegangen, deren wir nicht, um die Summe von 11,000 Thlr. Nachdem nun auf Grund des bekannten Bundesraths-Beschlusses die königliche Regierung von Wiesbaden die Auflösung der Niederlassung zu Marienstatt unterm 6. d. Mts. verordnet hat: so ist der Bischof von Limburg, mit großer Besorgniß, wie wir hören, dem möglichen Falle entgegengehend, daß die Abtei wieder in den Besitz weltlicher Hände übergehen könnte, ernstlich bemüht, die Abtei zurückzukaufen. In Folge dessen waren gestern die Herren Dombachant Dr. Klein, geistl. Rath Stadtpfarrer Noos von Limburg und geistl. Rath Stadtpfarrer Wägenberger von Frankfurt a. M. in Marienstatt anwesend, um Namens des Bischofs von Limburg mit den Vätern vom h. Geiste in Verhandlungen zu treten. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß die Letzteren in Anbetracht des erhöhten Werthes der Abtei in Folge vorgenommener Verbesserungen und Neubauten (sie haben unter Anderem eine Mühle erbaut) die Kaufsumme von 50,000 Thlrn. gefordert haben; die Verhandlungen scheinen indessen vorerst noch zu keinem entscheidenden Resultate geführt zu haben.

Fulda, 26. Juli. [Jesuitische Demonstrationen.] Die

Thatsache, daß der Säculartag der Auflösung des Jesuiten-Ordens in mehreren Städten des deutschen Reiches und Oesterreichs in demonstrativer Weise festlich begangen wurde — die kurheftische Stadt Hersfeld feierte den denkwürdigen Tag durch einen solennen Comers — hat unter dem ultramontanen Clerus, den Casinomännern und ihrem schwarzen Anhang eine solche Wuth erzeugt, daß die schon früher gehegte Absicht, Rache für diese Feste nehmen zu wollen, jetzt rasch zum festen Entschluß geworden ist. Zunächst wollen nämlich die Herren der erkaunten Welt den Nachweis liefern, daß es eine Kette von Verläumdungen und Verdächtigungen, ja ein förmliches Lügengewebe gewesen sei, wodurch der schwache Papst Ganganelli habe veranlaßt werden können, einen um die Kirche so hoch verdienten Orden aufzuheben und sich gegen die größten Wohlthäter des päpstlichen Stuhles in so undankbarer Weise zu geriren. Gerade durch die segensreiche Wirksamkeit der Gesellschaft während der sechzig Jahre nach ihrer Restauration könnte die Hinsichtigkeit der vor hundert Jahren aufgeworfenen Beschuldigungen am besten erkannt und widerlegt werden. Aber hiemit nicht genug, wollen die Ultramontanen den geliebten Vätern der Gesellschaft Jesu noch durch eine directe Gegen-Demonstration ihre Anhänglichkeit und Verehrung, ihren Dank und ihre vollste Zustimmung bewiesen, kurz ihnen die Censur Nr. 1 cum laude zuerkennen. Am 15. August werden nämlich 339 Jahre seit dem Tage verfloßen sein, an welchem Ignaz v. Loyola mit den anderen „Verschworenen der Religion“, wie Bobadilla, Salmeron, Cayez u., in der unterirdischen Capelle des Montmartre den Jesuiten-Orden stiftete. Diesen Gedanktag oder nach Umständen seine Wiederkehr im nächsten Jahre haben die Ultramontanen zu einer Art Nationalfeier ausgerufen, die für alle katholischen Vereine und Gesellschaften obligatorisch sein und gleichsam als „katholischer Freudentag“ begangen werden soll, während der 21. Juli als ein Dies ater in der Geschichte der jesuitischen Hierarchie dassteht. Vergleicht man dieses Gebahren unserer fanatisirten Heißsporne mit ihren Behauptungen, dem päpstlichen Stuhle als solchem allezeit unverbrüchlichen Gehorsam zu zollen und im Oberhaupt der Kirche lediglich den unfehlbaren Stellvertreter Christi zu verehren, so bedarf es bei der Notorietät des Umfanges, daß der ebenfalls infallible Clemens XIV. gleichsam offen gehöhnt und desavouirt werden soll, wohl keines Beweises mehr für die Wahrheit der Behauptung, daß Egoismus und Heuchelei als Cardinal-Untugenden der jesuitischen Clique erscheinen. (N. Fr. Pr.)

Wiesbaden, 29. Juli. [Die Ankunft Sr. Maj. des Kaisers und Königs] hier ist gestern Abend 8 1/2 Uhr bei schon einbrechender Dunkelheit erfolgt. Schon von 7 Uhr an hatte sich ein zahlreiches Publikum auf dem Plage vor dem königl. Schlosse versammelt, wurde aber gegen 8 Uhr von einem plötzlich einfallenden Regen vertrieben und ließ sich auch vertreiben, da die Nachricht durch den Telegraphen aus Schlangenbad eintraf, daß Se. Majestät erst um 7 1/2 Uhr von dort zu Wagen abfahren, also vor 8 1/2 Uhr nicht hier sein konnte. Um so dichter sich die Massen, als das Wetter sich wieder aufklärte. Nach und nach sah man, da ein Empfang verbieten nur die höchsten Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden in das Schloß eintreten. Im Vestibül vor der Treppe und bei der dort aufgestellten Militärwache hatten sich die Stabs-Officiere und Adjutanten der verschiedenen hier garnisontirenden Truppentheile aufgestellt. Um halb 9 Uhr verließ ein sich in den Straßen fortplanzen der Jubelruf die Annäherung der vier-spännigen kaiserlichen Equipage, welcher, wie gewöhnlich, zwei Gendarmen vorausritten. Neben Sr. Majestät saß der Flügel-Adjutant Graf Lehndorf, und auf dem Rücksitze wie auf dem Sitze des Leibjägers sah man einen ganzen Berg von Blumen-Bouquets liegen, der auch vor dem Schlosse und bei der Einschiffung in dasselbe, wo Damen sich versammelt hatten, noch vermehrt wurde. Wie man hörte und sah, wurden diese Bouquets sämmtlich in das Zimmer des Kaisers getragen, wo dieselben möglichst gepflegt werden. Se. Majestät trug Civilkleider und nahm im Wagen, bei den Jubelrufen und dem überaus freudigen Empfang, wiederholt den Hut ab. Nachdem der Kaiser mit den an der Treppe versammelten Offizieren gesprochen, erstieg derselbe, von dem Ober-Haus- und Hofmarschall Grafen Pückler begleitet, die Treppe und begab sich sogleich in den Empfangsaal zu den dort harrenden Herren. Der Empfang dauerte hier ungefähr eine halbe Stunde, worauf Se. Maj. sich in seine Gemächer zurückzog und den übrigen Abend allein zubachte. (N. Fr. Pr.)

Wiesbaden, 29. Juli. [Se. Majestät der Kaiser.] der gestern, wie gemeldet, hier eingetroffen ist, machte heute Vormittag zu Wagen mehrere Besuche und wird heute Abend der Theateraufführung beiwohnen, nach deren Beendigung ein Feuerwerk stattfinden wird. Heute Mittag spielte bei Tafel die Musik des 80er Infanterie-Regiments.

Wiesbaden, 30. Juli. [Die Frau Großherzogin von Baden] ist, von Sr. Majestät dem Kaiser am Bahnhofe auf das Herzliche begrüßt, gegen 10 Uhr hier eingetroffen.

Strasburg, 30. Juli. [Militärisches.] Ein combinirtes Bataillon des sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 105, das hier und in Schlestadt in Garnison liegt, ist heute Morgen in einer Stärke von 490 Mann und 28 Offizieren per Extrazug nach Metz gefahren, um der morgigen Einweihung des Kriegerdenkmals bei Roncourt bei-zuwohnen. Der General v. Fransecky ist heute ebenfalls abgereist, um an der Feier theilzunehmen.

## Oesterreich.

Wien, 28. Juli. [Ueber die Affaire „Lemberg-Gjernowitzer Bahn“] entnehmen wir dem „Vaterland“ Folgendes: „Die Uebergabe der Acten der Lemberg-Gjernowitzer Eisenbahn an das Landesgericht hat allgemeines Aufsehen erregt, weil man eben den Handelsminister Dr. Banhaus eines Einschreitens gegen Giskra und Dsenheim nicht für fähig hielt. Von verfassungstreuen Blättern wurde nun diese Gelegenheit zur Verherrlichung der Tugenden des Herrn Handelsministers benutzt. Mit Bezug auf einen diesbezüglichen Artikel des „Tagblatt“ vom 24. d. M. erhalten wir nun von durchaus verlässlicher Seite interessante Aufklärungen. Demnach ist die Untersuchung gegen die Lemberg-Gjernowitzer Eisenbahngesellschaft von Dr. Schaffle begonnen und so weit geführt worden, daß der gegenwärtige Handelsminister beim besten Willen die Sache nicht mehr niederschlagen konnte. Wir sind in der Lage, diese Meldung jedem etwaigen Dementi gegenüber auf's Entschiedenste aufrecht zu erhalten.“

[Die Stadtvertretung von Triest] hat sich in Opposition gegen das Reichsgericht gestellt. Der Fall ist folgender: Dr. Alex. Dorn, der be-











